Förderung der Hausarztmedizin ist nicht gratis zu haben

Eine kostenneutrale Reform ist für die Ärzte undenkbar – Spezialisten stecken kaum zugunsten der Hausärzte zurück

Das Parlament verlängert die Behandlungsfrist für die Initiative zur Hausarztmedizin. Wichtiger ist den Grundversorgern inzwischen aber der durch das Volksbegehren in Gang gesetzte Reformprozess im Rahmen des bundesrätlichen Masterplans.

Claudia Schoch

Mit Volksinitiativen lässt sich Politik machen. Das sagten sich auch die Hausärzte, die am 1. April vor sechs Jahren mit ihrer Demonstration auf dem Bundesplatz in Bern erstmals in grossem Stil auf ihre Anliegen aufmerksam machten. Schon damals verwiesen sie darauf, dass in zehn bis fünfzehn Jahren drei Viertel der zurzeit tätigen Hausärzte in Pension gehen werden. Sie forderten, dass die Tätigkeit des Hausarztes attraktiver werden muss und die Studierenden besser auf ihre Funktion als Grundversorger vorzubereiten sind. Doch zunächst geschah kaum etwas – im Gegenteil, die Labortarife wurden gar noch gesenkt –, bis schliesslich die Hausärzte im Herbst 2009 die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» lancierten und innerhalb von nur 5 Monaten über 200 000 Unterschriften zusammenbrachten. Am 1. April 2010 reichten sie ihr Volksbegehren ein.

Seinesgleichen soll bessergestellt werden: ein Hausarzt, hier beschäftigt mit einer Rückenpatientin. GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Masterplan im Vordergrund

Nun war Bundesbern gefordert. Ohne Gegenvorschlag würde die Frist zur Stellungnahme der eidgenössischen Räte Ende September ablaufen, und der Bundesrat hätte die Volksabstimmung anzuordnen. Doch der Ständerat hat in der vergangenen Junisession bereits für Abhilfe gesorgt und den vom Bundesrat zusammen mit der Initiative unterbreiteten direkten Gegenentwurf mit kleinen Änderungen gutgeheissen sowie die Behandlungsfrist um ein Jahr verlängert. Dieser Verlängerung wird sich voraussichtlich der Nationalrat am Donnerstag als Zweitrat anschliessen.

Den Initianten freilich ist ein anderer inzwischen in Gang gesetzter Prozess viel wichtiger als die Initiative. Sie hoffen auf den von Bundesrat Alain Berset angestossenen Masterplan. Auf diesem Weg sind rascher spürbare Resultate zu erwarten. Mit verschiedensten Massnahmen will der Gesundheitsminister der Hausarztmedizin im Gesundheitssystem mehr Gewicht verleihen und die Hausärzte besserstellen. Eine Motion der Ständeratskommission, welche die kleine Kammer in der dritten Sessionswoche behandeln wird, soll diesem Prozess zusätzlich Flügel verleihen. Der Vorstoss verlangt konkrete Ergebnisse aus dem Masterplan noch vor Ablauf der verlängerten Frist für die Initiative. Er auferlegt dem Bundesrat unter anderem Koordinationsaufgaben, da das Gelingen keineswegs nur vom Bundesrat, sondern auch von andern Akteuren wie den Kantonen, den Ärzten selbst sowie den Tarifpartnern abhängt.

Für die Hausärzte, die zum Konzept des Masterplans schon im Juni Ja gesagt haben, ist vor allem wichtig, dass auch die Arbeitsgruppe «Finanzierung und Versorgung» positive Resultate vorlegen wird. Bereits auf gutem Weg sind die Massnahmen, um welche sich die Arbeitsgruppen «Bildung und Forschung» sowie «Revision Medizinalberufegesetz» kümmern. Die Delegierten der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) wurden vergangene Woche über den Fortschritt der Arbeiten orientiert.

Für den Präsidenten des Verbandes der Hausärzte Schweiz, Marc Müller, befindet man sich bei «Finanzierung und Versorgung» – dabei geht es primär um eine bessere Entschädigung der hausärztlichen Leistungen – in einem schwierigen Prozess. Die Meinungen gehen offenbar weit auseinander. Im Zentrum steht neben der Anpassung der Analysenliste und des Labortarifs eine Revision des Ärztetarifs Tarmed. Diese ist zunächst unter den Tarifpartnern, den Leistungserbringern und den Versicherern, auszuhandeln. Man denkt daran, ein eigenes Kapitel für die Hausarztmedizin in den Tarmed einzufügen. Eine solche Reform braucht aber Zeit. Und die hat man nicht.

Die Crux Kostenneutralität

Zudem kann man sich aufseiten der Ärzte, wie der Präsident des Initiativkomitees Peter Tschudi unterstreicht, nicht vorstellen, dass eine Besserstellung der Hausarztmedizin kostenneutral erreicht werden kann. Er rechnet mit Kosten im Umfang von 350 Millionen Franken, wobei die exakten Berechnungen noch ausstehen. Abstriche bei den Spezialisten in diesem Umfang zugunsten der Grundversorger sind aus der Sicht des FMH-Präsidenten Jacques de Haller nicht durchsetzbar. Auf Kostenneutralität jedoch pochen die Versicherer, wie Silvia Schütz von Santésuisse sagt. Diese ist ihrer Ansicht nach unter Berücksichtigung der Effizienzsteigerungen, die dank dem medizinischen Fortschritt bestehen, durchaus zu erreichen. De Haller erwartet, dass die Tarifanpassung zugunsten der Hausarztmedizin allenfalls der erste Anwendungsfall der neu ab Januar 2013 ins Krankenversicherungsgesetz aufgenommenen Kompetenz des Bundesrats zu Eingriffen in die Tarifstruktur werden könnte.

Resultate bei den Tarifanpassungen sind grundlegend wichtig. Diese machen die Initianten der Hausarzt-Initiative zur Bedingung eines allfälligen Rückzugs ihres Begehrens. Laut Bundesrat Bersets Zeitplan sollten bis im November klare Kriterien für die Besserstellung der Hausarztmedizin auf dem Tisch liegen. Und im kommenden März wünscht er den Entscheid über Rückzug Ja oder Nein, den die Initianten laut Tschudi allerdings von definitiven Zusicherungen abhängig machen.

Bund baut Unterstützung für Cleantech-Plattform ab

Drei Aussenhandelsprojekte aus dem Konjunkturprogramm 2010 müssen nun eigenwirtschaftlich werden

Die Förderung der Cleantech-Branche steht im politischen Fokus. Nun wird die entsprechende Exportplattform redimensioniert. Der Bund dreht nämlich den Geldhahn zu.

Davide Scruzzi

Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2010 hat der Bund zur Förderung der Wirtschaft drei Exportplattformen gegründet: Cleantech Switzerland (nachhaltige Erzeugnisse), Ingenious Switzerland (Architektur, Ingenieurwesen und Design) und Medtech Switzerland (Medizinaltechnik). Die Gründung erfolgte durch die Osec, die vom Bund alimentierte Aussenhandelsförderung. Nun müssen sich die Plattformen, die als Vereine organisiert sind, neu positionieren. «Alle drei müssen in Zukunft eigenwirtschaftlich agieren», bestätigt Jan Mühlethaler, Mediensprecher der Osec. Das sei von Beginn weg klar gewesen. Der Bund hatte maximal 25 Millionen Franken in Aussicht gestellt.

Neue Datenbank für Firmen

Bereits weit gediehen ist die Neupositionierung bei Cleantech Switzerland. Dort werden auf 2013 hin verschiedene Leistungen abgebaut. Cleantech Switzerland fokussiert sich auf den «Cleantech Cube», eine Unternehmensdatenbank. Heute gehörten der Datenbank über 350 Unternehmen an, die Registration sei kostenlos, sagt Carina Steiner, Geschäftsführerin von Cleantech Switzerland. Andere Aktivitäten, etwa die Unterstützung bei Messeauftritten im Ausland oder die Teilnahme an grossen Geschäftsreisen, können in Zukunft nicht mehr angeboten werden, wie Steiner erklärt. Man hat mit den am Verein beteiligten Verbänden eine Finanzierungslösung gefunden, die auch auf Beiträgen der Nutzer der Datenbank basiert. Patrick Hofer-Noser, Präsident des Vereins und hauptberuflich für das Solar-Unternehmen Meyer Burger tätig, weist auf die Wichtigkeit einer solchen Datenbank hin, die auch Informationen zu geografischen Expansionsstrategien der Firmen umfasse. Nutzer könnten die Schweizer Botschaften sein, die häufig Anfragen zu Firmen im Bereich Nachhaltigkeit bekämen, sagt Hofer-Noser. Zwischen der Lancierung der Plattform im Sommer 2010 und Ende 2011 verzeichnete der Verein nach eigenen Angaben zehn tatsächlich abgeschlossene Exportaufträge und eine grosse Zahl an Kontaktvermittlungen.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen seien auf die Exportplattform angewiesen, sagt Patrick Hofer-Noser. Dabei sei auch die Zusammenarbeit mit Grossunternehmen und der gemeinsame Auftritt unter der Dachmarke Cleantech Switzerland interessant. «Wenn der Bund die Schweiz als Cleantech-Land international positionieren will, ist die Weiterführung von Positionierungsaktivitäten nötig», sagt Hofer-Noser. Cleantech biete der Schweiz «grosse Chancen», so Hofer-Noser. Die Plattform ist allerdings nicht im Masterplan Cleantech des Bundes integriert.

Noch nicht klar ausformuliert sind die Vorstellungen bei der Plattform Ingenious Switzerland. Das Geschäftsmodell, das der Plattform für Planer und Designer die Eigenwirtschaftlichkeit bringen soll, werde erst im Verlauf des nächsten Jahres konkretisiert, sagt Daniel Racine, Geschäftsleiter von Ingenious Switzerland. Man müsse sich nun weiter etablieren und dabei auch neue Finanzierungsquellen durch Partnerschaften mit Verbänden und Sponsoren erschliessen. Der Bedarf an Beratung und Unterstützung beim Export von Planungs- und Designdienstleistungen sei aber klar vorhanden, sagt Racine.

Wenn die von Anfang an als Ziel verankerte Eigenwirtschaftlichkeit nach einer Phase der Anschubfinanzierung nicht möglich sei, deute dies auch darauf hin, dass in der Unternehmenswelt kein Bedürfnis nach den Angeboten bestehe, formuliert Jan Mühlethaler von der Osec die Ausgangslage.

Streit um den Namen

Just im Cleantech-Bereich bietet freilich mit dem privaten Verband Swisscleantech eine weitere Organisation auch Unterstützung im Exportbereich an. Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger stellt den Sinn des Engagements des Bundes bei Cleantech Switzerland denn grundsätzlich infrage, sieht die Gefahr von Verwechslungen und plant dazu rechtliche Schritte.

Seitens von Cleantech Switzerland wird betont, dass der Verband Swisscleantech Firmen nicht nur beim Export unterstütze, sondern vor allem eine Lobby-Organisation mit klar politischen Zielen sei.

Pauschalcourtage an der CH-Börse
Für 30.– an die Börse. Jetzt handeln.
BKB-EasyTrading: Telefon 061 266 31 31, www.bkb-easytrading.ch
Basler Kantonalbank
fair banking